DIE LINKE. Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung
Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei DIE LINKE

Rundschreiben Nr. 1. Januar 2008. Auch als Beilage zur Zeitschrift „Politische Berichte". V.i.S.d.P.: Wolfgang Freye. Kontakt: Christiane Schneider, Mettlerkampsweg 25, 20535 Hamburg. Tel. 0163-1582579. e-mail: w.freye@web.de.

Arbeitsgemeinschaft „Konkrete Demokratie – soziale Befreiung (ArGe)" konstituiert sich

Am 4. Januar 2008 konstituierte sich die Arbeitsgemeinschaft „Konkrete Demokratie – soziale Befreiung (ArGe)" auf einer Mitgliederversammlung in Erfurt. Bereits zuvor hatte der Parteivorstand sie als Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei DIE LINKE anerkannt, nachdem sie die nach dem Statut geforderte Anzahl von Unterstützungsunterschriften Ende vergangenen Jahres vorgelegt hatte. Damit können die bisherigen Aktivitäten der ArGe, insbesondere die halbjährlich stattfindenden Sommer- und Winterschulen in Thüringen, fortgeführt werden.
Die Mitgliederversammlung verabschiedete die folgende Gründungserklärung. Darin wird zum Ausdruck gebracht, dass sich die ArGe für einen (vernünftigen) Pluralismus innerhalb der Partei ausspricht und sich der Debatte um eine linke Reformpolitik stellt, ohne die eine emanzipatorische Politik nach Auffassung der Mitglieder der ArGe nicht möglich ist. Sie will dazu beitragen, das theoretische Rüstzeug dafür zu erarbeiten.

Die Mitgliederversammlung wählte einen Sprecherrat, in dem Ansprechpartner/innen für mehrere Bundesländer vertreten sind: Christiane Schneider (Hamburg) und Wolfgang Freye (NRW) vertreten die ArGe gegenüber dem Parteivorstand; Rudi Arendt (Schleswig-Holstein), Olaf Argens (Hessen), Ulrike Küstler (Baden-Württemberg), Mathias Paykowski (Baden-Württemberg), Hanne Reiner (Berlin) und Brigitte Wolf (Bayern) sind weitere Sprecher/innen und halten die Kontakte vor Ort.
Der Sprecher/innenrat der ArGe will sich an die rund 150 Unterstützer/innen des Aufrufs wenden, um bei Bedarf auch regionale Seminare und Treffen anzubieten.
Festgelegt wurde auch der Termin für die nächste Sommerschule. Sie ist von Donnerstag, 7. August, bis Sonntag, 10. August 2008. Im Rahmen dieser Sommerschule findet die nächste Mitgliederversammlung der ArGe statt.

Hanne Reiner/Wolfgang Freye – Erfurt, 4.1.2008

Gründungserklärung der Arbeitsgemeinschaft „Konkrete Demokratie – soziale Befreiung (ArGe)"

„Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung, Arbeitsgemeinschaft in und bei der PDS" – kurz „ArGe" – wurde 1990 im Prozess der Konstituierung der PDS als bundesweite Partei von Linken aus Thüringen und den westlichen Bundesländern gegründet. Die heute noch bestehende „Linke Schule" – zweimal im Jahr treffen wir uns für mehrere Tage zur „Sommerschule" und „Winterschule" – findet zurzeit in Erfurt statt. Die „Linke Schule" entwickelte sich zu einem Forum der Aufarbeitung des Scheiterns der staatssozialistischen Politik und der damit verbundenen, auch bei Westlinken weit verbreiteten, von Hegemonieansprüchen durchdrungenen Parteitheorien und -praktiken und – darauf aufbauend – zu einem Ort der (Wieder-)Aneignung philosophischer, historischer und moderner, ökonomischer und politischer Schriften.
Schon durch ihre Gründung war die ArGe eine Probe auf das Versprechen von Offenheit, Diskursbereitschaft und Pluralismus, mit dem die damals noch junge PDS den Bruch mit den Normen des Parteilebens, die in der SED gegolten hatten, unterstrich. Aus der PDS Thüringen setzte sich vor allem der 1999 verstorbene Dieter Strützel in diesem Prozess der inhaltlichen und organisatorischen Öffnung ein. Aus den alten Bundesländern war dieses Angebot vor allem für Linke interessant, die in der Zeit vor dem Anschluss als Teil der „neuen Linken" dem Theorie- und Praxiszusammenhang SED/DKP kritisch gegenüber gestanden hatten.
Zur hauptsächlichen Aktivität der ArGe entwickelten sich seit 1992 die halbjährlichen Tagungen der Linken Schule, die Gelegenheit zu einer Orientierungsdiskussion bieten, bei der politisch Aktive, Mandatsträger/innen, Gewerkschafter/innen und andere politisch Interessierte Theorien und Fakten zu Problemen erörtern, die zur Entscheidung anstehen. Die Spannbreite der seit nunmehr 17 Jahren erörterten Themen ist entsprechend breit.

Die Arbeitsgruppe Wirtschaft beispielsweise befasste sich in den letzten Jahren mit Texten von Karl Marx, Adam Smith, Josef Stiglitz, Paul Krugman, Max Weber, Werner Sombart, Joseph Schumpeter, Heinrich von Thünen, John Rawls, Pierre Bourdieu, Helmut Willke, Saskia Sassen und anderen, mit Themen wie EU-Verkehrs- und Energiepolitik, Bedeutung von Metropolen, globale Arbeitsteilung, Geschichte und Bedeutung des Welthandels, Wohlfahrtstheorien, Wohnungsbau u.a.
Die Arbeitsgruppe „Philosophie" bzw. „Kulturwissenschaften" setzte sich mit Texten von Aristoteles, Maimonides, Kant, Hegel, Fichte, Nietzsche, Heidegger, Adorno/Horkheimer, Foucault, Rawls, Habermas, Luhmann, Agamben und vielen anderen auseinander und bearbeitete Themen wie Staat, Religion und Gewalt; Antisemitismus und völkische Ideologien; staatliches Gewaltmonopol; Recht und Gerechtigkeit; Öffentlichkeit und Massenmedien; Nationalstaat und Weltgesellschaft u.v.m.
Die ArGe war und ist eine gemischte Gesellschaft. Gerade das ermöglicht Erkenntnisfortschritte, die im laufenden Geschäft des Parteibetriebs, der Wahrnehmung eines Mandates oder der wissenschaftlichen Politikberatung so nicht gewonnen werden können.
Konkrete, d.h. auf das Alltagsleben ausgedehnte Demokratie und soziale, d.h. im Wissen um die zur erstrebten Befreiung notwendigen Güter wurden spätestens mit der Verabschiedung des Programms der PDS von 2003 Bestandteil der Grundstruktur der Partei. In der Diskussion der ArGe spielten unter diesen Umständen die innerparteilichen Entwicklungen der PDS eine abnehmende Rolle, wichtiger wurde die Auseinandersetzung mit der Frage, an welchen Punkten der reaktionären Deformation der Gesellschaft durch dominante Verwertungsinteressen und damit verbundenes Machstreben entgegenzutreten sei und wie linke Reformpolitik in den Institutionen der Gesellschaft aussehen könnte.

Die Ergebnisse dieser Diskussion finden sich zum Teil in der Zeitschrift „Politische Berichte“, die Beiträge aus der ArGe gerne aufnimmt. In Zukunft sollen sie auch auf der Internetseite der ArGe veröffentlicht werden. Sie fließen, und das ist letztlich noch wichtiger, in die Bewältigung der Anforderungen des politischen Lebens ein, die wachsen.
Die nun abgeschlossene Fusion von WASG und Linkspartei.PDS stellt unserer Meinung nach sämtliche Diskussionszusammenhänge in der Partei vor eine neue Situation. Auf die Feststellung im Eckpunktepapier der Partei Die Linke, dass eine Reihe von Fragen „offen“ sei, ist die Antwort „für uns aber nicht“ beinahe schon destruktiv und die Verweigerung einer geforderten Debatte. Wir wollen uns dieser Debatte stellen und daran auch in Zukunft mitwirken.

Erfurt, 4. Januar 2008

Linke Schule, 4. bis 5. Januar 2008 – Thema „Aufbau Ost“/ Bericht über den Beitrag von Michael Gerstenberger, MdL Thüringen

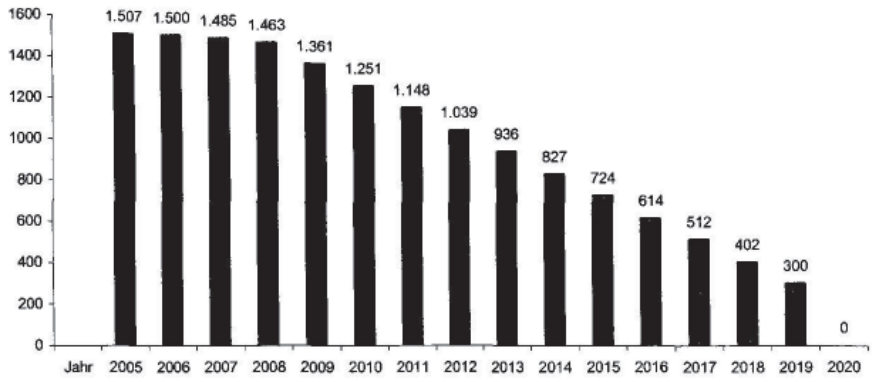
Weit entfernt von „selbsttragendem Aufschwung“

Mit Verweis auf den Fortschrittsbericht des Thüringer Finanzministeriums „Aufbau Ost“ für das Jahr 2006[1] referierte Michael Gerstenberger über die wirtschaftliche Lage des Landes Thüringens und die Anstrengungen des thüringischen Landesverbands der Partei DIE LINKE, wirtschaftspolitisch effektive Maßnahmen in Gang zu bringen. Die Verweigerung der CDU-Landesregierung, Vorschläge ernst zu nehmen, die von der LINKEN kommen, wurde von ihm als echtes Hindernis für die Entwicklung wertschöpfenden Wirtschaftens in Thüringen bezeichnet.
Im folgenden wird über einige Aspekte des Vortrags berichtet.
Die Verschuldung des Landes ist seit 1990 dramatisch gestiegen. Durch den Rückgang der Geldflüsse aus dem Bundeshaushalt entstehe eine Finanzlücke, die bis auf 12,5 Milliarden Euro im Jahr 2015 anwächst (siehe Grafik aus 1).
Trotz einer überdurchschnittlichen Steigerung des Bruttoinlandsprodukts von 3,1 % in Thüringen im Jahre 2006 betrug der Anteil der Wirtschaftsleistung Thüringens an der des gesamten Bundesgebiets nur 2 %. Thüringen ist industriell vor allem verlängerte Werkbank. Es existiert keine Großindustrie, das Glaswerk in Steinheim mit bald ca. 450 Beschäftigten ist der größte Betrieb. Weitere wichtige mittelständische Unternehmen sind Zeiss in Jena und die Chipfabrik in Erfurt. Insgesamt haben 87 % der Unternehmen weniger als 20 Beschäftigte. Ein großes Problem ist die niedrige Eigenkapitalquote von unter 10 % bei 80 % der Unternehmen.
DIE LINKE wirft der Landesregierung vor, keine Strukturveränderung zur Förderung der Ansiedlung von größeren Betrieben durchzuführen. Thüringen hatte 1990 noch 1,65 Mio. Arbeitsplätze bei 2,6 Mio. Einwohner/innen, heute sind es 1 Mio. Arbeitsplätze bei noch 2,3 Mio. Einwohnern. Gerade „gut ausgebildete Werktätige“ und „junge Frauen“ haben Thüringen in den letzten Jahren verlassen. Niedrige Löhne und eine hohe Arbeitslosenzahl lassen Geldflüsse aus reger Wirtschaftstätigkeit nicht erwarten. Die Kürzung der Sondermittel bringt eine erhebliche Verschlechterung der Finanzsituation des Landes.
Vor diesem Hintergrund tritt DIE LINKE für folgende acht Punkte als Ansätze für eine Politik zur Wirtschaftsförderung in Thüringen ein:
• Unterstützung für die Kleinstrukturen des „zänkischen Bergvolks“;
• Gebietsreform zur Schaffung von lebensfähigen Wirtschafts- und Verwaltungsräumen, indem aus 23 Kreisen und kreisfreien Städten vier Kreise entstehen sollen;
• eine effektivere Verwaltung;
• Anschluss ans Weltniveau mit spezifischen Produkten (ein Beispiel sind regenerative Energien wie die Solarindustrie, bei denen Thüringen bundesweit einen Spitzenplatz einnimmt);
• Änderung der Vergabemodalitäten und Umstellung der Wirtschaftsförderung auf revolvierende Fonds statt Zuschüsse gerade für kleinere Firmen. D.h. Förderung wird als Darlehen gewährt, wodurch die Effektivität des Einsatzes der vorhandenen geringen Geldmittel zur Wirtschaftsförderung erheblich erhöht wird;
• Einfluss auf die Ausgabenpolitik der Landesentwicklungsgesellschaft (LEG);
• Infrastrukturmaßnahmen, die abgestimmt sein sollen und bei denen Fehlinvestitionen mit großen Folgekosten zu vermeiden sind;
• Unterstützung der Bestrebungen zur Bildung von Clustern (Netzwerken) in verschiedenen Bereichen, auch um die kleinteilige Wirtschaft zur Zusammenarbeit zu bringen. Auch dabei kann es nicht um eine staatliche Steuerung gehen, sondern um Förderung durch das Land.
In der anschließenden Diskussion mit M. Gerstenberger wurde deutlich, dass es in der Arbeit des Landesverbandes Thüringen der Partei DIE LINKE etliche Ansätze und Beispiele gibt, wie mittels demokratischer Verfahren konkrete aussichtsreiche Entwicklungen eingeleitet oder unterstützt werden können. Gegen eine Gebietsreform gibt es z.B. großen Widerstand. Dies hängt damit zusammen, dass es um Nachbarschaften geht, die eine Grundlage der Selbstverwaltung auf kommunaler Ebene sind. Eine Gebietsreform ist deshalb nur umzusetzen, wenn sie mit einer Dezentralisierung der Verwaltung und mit Demokratisierung verbunden ist. Hierzu gibt es Konzepte der LINKEN, wie z.B. die Einrichtung dezentraler Bürgerbüros und die Erleichterung von Bürgerbeteiligung, z.B. durch kleinere Hürden für Bürgerbegehren.
Dies ist umso wichtiger, als die NPD im einigen Gebieten gefährlich agiert, vor allem in Ostthüringen. Dabei setzt sie auch an wirtschaftlichen Problemen wie der wegen der hohen Verschuldung der Kommunen mangelnden Infrastruktur gerade in kleineren Orten an und fördert z.B. den Bau von Vereinsheimen in Eigeninitiative. In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, dass dem Nationalismus der Faschisten nur durch bewußte Entwicklung der Perspektive eines grenzübergreifenden, europäischen Wirtschaftsraums mit Polen und der Tschechischen Republik entgegengewirkt werden kann.
Thüringen (wie auch die anderen ostdeutschen Bundesländer) sind noch weit weg von einem „selbsttragenden Aufschwung“. Hinzu kommen latente Armutsrisiken für die nähere Zukunft. Z.B. sind zwei Drittel der ALG-II-Bezieher voll erwerbsfähig, Alterarmut ist damit vorprogrammiert, so Michael Gerstenberger. Viele junge Menschen, die ohne geregeltes Einkommen sind, leben von Renten älterer Verwandter und kennen eine eigene Erwerbstätigkeit nicht, was bei Wegfall dieser Renten in den nächsten Jahren zu einem größeren Problem werden kann.

Für den Landesverband Thüringen DIE LINKE ist die Situation nicht einfach: Seit 1990 sind die Stimmanteile bei Landtagswahlen von 7 %, dann 9 % über 18 % auf 25 % im Jahr 2005 angewachsen. Für 2009 besteht die Gefahr eines unrealistischen Erwartungsdrucks seitens der Wähler/innen Thüringen, was zu großer Verantwortung in der aktuellen politischen Positionierung und vor allem in der praktischen Politik zwingt.
(Eva Detscher, Wolfgang Freye)

Quellenhinweis:
1 Fortschrittsbericht „Aufbau Ost" für das Jahr 2006, herausgegeben vom Thüringer Finanzministerium, Stand September 2007. www.thueringen.de/tfm

Übersicht 1: **Thüringer Anteil der Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen wegen teilungsbedingter Sonderlasten in Mio. EUR**



Linke Schule, 4. Januar bis 5. Januar 2008 – Thema „Aufbau Ost", Vortrag von Martin Fochler, nach dem Konzept

Anmerkungen zur offiziellen Ideologie des „Aufbaus Ost"

Schon die Bezeichnung fixiert eine falsche Perspektive. Das Subjekt steht im Westen und blickt auf den Osten herab. Es handelt sich um einen Sammelbegriff für Maßnahmen der alten BRD, die zunächst den Anschluss der DDR fördern und die darauf folgenden Probleme im Rahmen der politischen Ordnung halten sollten.
Der Anschluss der DDR an die BRD war in der BRD-Politik der siebziger und achtziger Jahre nur noch als Option mit geringem Kurswert angelegt. Als sich jedoch mit dem Zerfall der staatssozialistischen Ordnung im östlichen Europa eine neue strategische Situation ergab, ging die damalige Regierungskoalition aus CDU (Kohl), FDP (Genscher) und Waigel (CSU) das Geschäft mit fast unerklärlicher, beinahe schon leichtfertiger Zuversicht an. „Blühende Landschaften" (Kohl) und „Portokasse" (Waigel). Es stellt sich die Frage nach den Voraussetzungen jener irrigen, aber handlungsleitenden Prognosen.
Die Bundesregierung musste die Zustimmung der internationalen Welt zum Anschluss der DDR nicht mühsam erkämpfen. Sie wurde von Seiten der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs und von der ganzen UNO so gut wie umstandslos akzeptiert. Die EU zeigte großes Entgegenkommen. Für die Bundesregierung war es – alles in allem – einfach, die Erweiterung der BRD international zu etablieren.
Die Reaktion des Auslandes auf die Bewegung hin zur Herstellung der staatlichen Einheit konnte die Idee festigen, das ganze Deutschland habe nach dem Untergang von Hitlers „Drittem Reich" weiterbestanden, was die Bereitschaft der internationalen Welt erkläre, den Anschluss der DDR an die BRD als innere Angelegenheit der BRD zu betrachten.
Staatenanschlüsse und -abspaltungen sind normalerweise von heftigen internationalen Auseinandersetzungen begleitet. Warum ließ die Staatenwelt dieses Ereignis, das die strategische Konstellation in der Mitte Europas einschneidend verändert, so umstandslos durchgehen? – Eine Folge dieser nachsichtig entgegenkommenden Haltung ist jedenfalls, dass die bis heute währende Entwicklungskrise, die dem Anschluss der DDR folgte, aus keinem noch so schrägen Blickwinkel der deutschen Politik missgünstigen Umtrieben fremder Mächte zugeschrieben werden kann. Die internationale Diplomatie hat ein langes Gedächtnis, und niemand hatte Interesse, für die absehbaren Probleme bei der „Vollendung" den Sündenbock zu spielen. Die Politik der Offenheit für eine politische und staatsrechtliche Neuorientierung, die im Anschlussgebiet von der SED und dann von der PDS durchgehalten wurde, hat einer solchen Tendenz ebenfalls keine Anhaltspunkte geliefert. Diese Anerkennung des Anschlusses durch das Ausland und dann auch durch die Repräsentanten der vormaligen DDR war klug, da sie bis zum heutigen Tag die BRD zwingt, die Anschlussprobleme als ihre eigenen zu behandeln. Mit Blick auf die Frage, ob hier eine bloß künstliche Spaltung endlich aufgehoben werde oder ob eine Integration zweier recht verschiedener Gesellschaften zu leisten sei, diente diese kluge Nachgiebigkeit der Umwelt gesamtdeutschen Strömungen zum Beweis ihrer Irrtümer.
Wie schon gesagt, die Verfassungsbestimmung, nach der ein „Anschluss" möglich war, ist im politischen Leben der BRD nicht präsent gewesen. Die Breite, zu der die deutsche Einheitsbewegung anschwoll, führt zu der Frage nach dem gesellschaftlichen Rückhalt für diese so gut wie unbekannte Verfassungsbestimmung.
Für die Regierung Kohl (Kanzler), Genscher (Außenminister) und Waigel (Finanzminister) war diese Bestimmung lebendig aufgrund einer spezifischen Ansicht zur deutschen Nationalität, der Annahme eines deutschen Nationalcharakters, bestimmt durch Ordnungsliebe und Gehorsam, Bildungsbeflissenheit und Fleiß – die Reihe wäre noch lange fortzusetzen, einen allgemeinen Ausdruck findet sie in der Ansicht, dass Freiheit als Einsicht in die Notwendigkeit gedacht werden müsse.
Bestimmungen wie Fleiß, Ordnungsliebe und ähnliches zeichnen sich durch ihre Doppeldeutigkeit aus. Fleiß kommt bei der Verfolgung eigener Ziele zum Tragen und bei der Erfüllung von Aufträgen. Ordnungsliebe bezeichnet die Bereitschaft, im eigenen Wirkungskreis eine Ordnung zu ersinnen und durchzuhalten ebenso wie die Bereitschaft, durch eine übergeordnete Autorität gesetzte Vorschriften einzuhalten. Die in anderen Kulturen klareren Grenzen zwischen der Kompetenz des Staates und der Kompetenz der Person verschwimmen im Gehorsam, am besten freudig und aus Einsicht.
Diese Art Normen (und im deutschen Kulturkreis sind viele dieser Art vorzufinden), die sich in den deutschen Ländern des ausgehenden 18. und dann des 19. Jahrhunderts ausprägten, fanden ihren Ausdruck im Staatswesen der Kaiserzeit. Sie erlauben dem Staatsbürger, jederzeit und fast bruchlos die Haltung eines selbständig urteilenden und verantwortlichen Individuums aufzugeben und als Instrument eines höheren Willens zu funktionie-

ren, das durch die Obrigkeit repräsentiert und angeleitet wird. Da diese sogenannten Tugenden sich auch im eigenen Wirkungskreis der Person ausleben lassen, können sie überdauern, auch wenn die dazu passende Obrigkeit dazu noch nicht – denn so war es im 19. Jahrhundert vor der Reichsgründung – oder nicht mehr – denn so war es nach 1945 in der DDR – besteht, eben im Zerwürfnis mit einer schlechten Ordnung.
Unter solchen Voraussetzungen hätte der Anschluss der DDR zu einem unerhörten Aufschwung „im Osten" führen sollen. Denn die Bürgerinnen und Bürger hatten nun einen Staat, der zu dem Wertesystem passte, das ihnen als deutschen Individuen angeblich zuzuschreiben war. (In der Tat hatten sich in der Wanderungsbewegung aus der DDR in die BRD vorher kaum „Integrationsprobleme" bemerkbar gemacht, was solche Annahmen ebenfalls genährt haben dürfte).
Die Wiedervereinigung eines so beschaffenen Volks unter einem dazu passenden Staat sollte eine Glücksgeschichte ergeben, eine Blüte eben.
Mit diesen beiden Argumenten möchte ich die Behauptung stützen, dass die BRD-Staatspolitik des „Aufbaus Ost" sich auf Fehlurteile gründete, für die sich aber Anhaltspunkte finden ließen. Der deutsche Konservatismus und der nationale Liberalismus täuschten sich selbst und rissen andere mit.

Die klassisch deutsche Sicht auf die Beziehung von Individuum und Staat war in der Nachkriegs-BRD vielen Anfechtungen und Kritiken ausgesetzt. Der Nationalsozialismus, seine Verbrechen und vor allem seine Niederlage führten zu einer Kritik des Gedankens, dass ein legitimer Befehl den Gehorchenden entlastet, diese schlug sich zunächst in der internationalen Strafverfolgungspraxis und dann auch in Gesetzen der BRD nieder.
Von erheblicher Bedeutung war auch, dass die Nachkriegs-BRD eine Politik der wirtschaftlichen und kulturellen Öffnung gegenüber der westlichen Welt einschlagen musste, die aber für die breite Bevölkerung alsbald mit wirtschaftlichen Erfolgen verbunden war. So entwickelte sich in der Nachkriegszeit ein Gemenge, ein Neben- und Gegeneinander von handlungsleitenden Normen, ein heftiger Kulturkampf, in dem das traditionelle Deutschtum ins Hintertreffen geriet, wenn es auch in einer Vielzahl gesellschaftlicher Traditionen und politischer Ansprüche fortdauerte.
Im Denken der Regierung Kohl jedenfalls war eine durch solche Werte zusammengehaltene Nation eine feste Orientierungsgröße, sie würde sich durch den Wegfall einer „unnatürlichen" Grenze rasch konstituieren. Auch im Denken der Sozialdemokratie gab es ähnliche Grundannahmen, die etwa Brandt und andere SPDler zu dem bizarren Ausspruch veranlassten, es könne nun zusammenwachsen, was zusammengehöre.
Während in der Wirtschaft und in der individuellen Lebensgestaltung der Nachkriegszeit eine Tendenz zur Offenheit immer stärker wurde, blieb im politischen und rechtlichen Bereich das auf Tradition, Autorität und Abgrenzung zum Rest der Welt bedachte Deutschtum hoch wirksam.
Der weitere Verlauf der Ereignisse zeigt dann, dass genau jene Teile der Bevölkerung im Osten, die sich stark auf den Traditionskomplex des Deutschtums bezogen, die größten Schwierigkeiten hatten, mit den neuen gesellschaftlichen Verhältnissen zurechtzukommen. Sie hielten diese Ordnung nicht für „deutsch", und daran ist etwas Wahres.
Die Regierung Kohl indessen betrachtete die Nation im Sinne dieser Traditionen als Gemeinschaft, und die Rede von den „Brüdern und Schwestern" meint genau die Verwechslung des politischen Systems mit seinen abgegrenzten Zuständigkeiten, seinen scharf umrissenen Verfahrens- und Rechtsvorschriften auf der einen Seite mit dem Gemeinschaftsleben, das sich im engen Umkreis der Personen als Familien-, Gesinnungs- und Praxiszusammenhang ausprägt, auf der anderen Seite.
In der Ideologie des Deutschtums hat die Vorstellung einer Volksgemeinschaft eine tragende Funktion. Sie greift die Vater-Kind-Beziehung auf, mit all ihren Autoritätsansprüchen und fürsorglichen Verpflichtungen, und stülpt sie über die modernen Einrichtungen im Staate und in der Gesellschaft.
In den vielfältigen Maßnahmen des „Aufbaus Ost" ist dieses Strukturmerkmal eigentlich immer anzutreffen. Die gewährende Seite weiß gut oder jedenfalls besser, was für die annehmende Seite richtig ist. Abhängigkeit wird tendenziell perpetuiert, und wo der gute Wille fehlt, setzt man heilsame Zwänge ein.

Die Ideologie der Einheitlichkeit der Deutschen, die den Anschluss getragen hat, legte nahe, auftretende Schwierigkeiten mit solchen Konzeptionen zu behandeln. Auf diesem Wege gerieten die Maßnahmen des „Aufbaus Ost" in wachsenden Gegensatz zu Erfordernissen einer modernen Organisation von Staat und Gesellschaft.
Im Zuge der Industrialisierung wird die Bereitstellung öffentlicher Güter durch den Staat zur effektiven Voraussetzung des Wirtschaftslebens und der Reproduktion der Familien. Während sich der soziale Raum „effektiv" ausdehnt und den Privaten früher undenkbare Chancen eröffnet, verengt sich der vom Einzelnen „beherrschte" Raum. In das Leben, das als Auseinandersetzung zwischen Mensch und Natur begriffen ist, treten staatliche Vorleistungen vermittelnd ein. Ihre Struktur bestimmt, was möglich ist und was nicht.
Optimal muss die Struktur der staatlichen Vorleistungen so beschaffen sein, dass sie von den Bürgerinnen und Bürgern als Hilfsmittel eigener Lebensäußerungen ergriffen werden können. Das kann nur geschehen, wenn die Gesellschaft einen Weg findet, auf diese Leistungen des Staates gestaltend einzuwirken. Die klassischen Steuerungsmittel der repräsentativen Demokratie, die Bewilligung des Staatshaushaltes durch gewählte Repräsentanten, genügt dazu nur bedingt, sie muss durch mehr Selbstverwaltung und direkte Demokratie erweitert werden. Diese Sachverhalte sind der konservativen Politik- und Sozialwissenschaft keineswegs unbekannt, sie wurden vielmehr in ihren Diskussionszusammenhängen entdeckt und ausgeführt.
Es liegt nun auf der Hand, dass diese Beziehung zwischen „leistender Verwaltung" und „Bevölkerung" sich je nach den historischen Voraussetzungen und Erfordernissen des Standortes sehr verschieden ausprägen wird. So wird schon die kleinste Kreisreform zum politischen und sozialen Spektakel. Wenn Verwaltungsgebiete zusammengeführt werden, sind gewaltige Integrationsleistungen zu vollbringen. Da braucht es noch nicht mal einen weltanschaulichen Gegensatz. Es geht um verrechtlichte Gewohnheiten.
Während es z.B. „eigentlich" gleichgültig ist, ob links zu fahren ist oder rechts, ist eine Umstellung aufwändig, sichtbar ist die Änderung der Technik, unsichtbar, aber kaum weniger teuer, die Änderung der Gewohnheiten von Millionen.
• *Exkurs:* Der „Nationalcharakter", wie er sich Ausgang des 18. und dann im 19. Jahrhundert in den Literaturen Europas ausprägt, ist keineswegs eine bloße Erfindung. Diese Konstruktion geht vielmehr darauf zurück, dass die bürgerliche Gesellschaft mit ihren politischen und ökonomischen Freiheiten nicht nur durch die Gesetze zusam-

mengehalten wird, sondern auch durch Sitten und Traditionen, die eher der Gemeinschaftsbildung angehören (im Sinne der von Tönnies begründeten Trennung von Gesellschaft und Gemeinschaft).
Besonders für die „Deutschländer" Anfang des 19. Jahrhunderts galt, dass ihrem politischer Vereinigungsprozess eine kulturelle Einigungsbewegung vorausging, sich der Nationalcharakter also nicht aus dem Staatswesen heraus entwickelte, sondern als gesellschaftlich vorhandener im Staat dann seine Erfüllung fand. Die Bewegung hin zu „Deutschland einig Vaterland" knüpfte an die kulturellen Formen der bürgerlichen Einigungsbewegung an und berücksichtigte nicht die seither im Lauf des 20. Jahrhunderts eingetretenen Veränderungen, die aber gerade die wirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaft betreffen: Die Struktur der staatlichen Einrichtungen wird Zug um Zug für jedes ökonomisch relevante Tun der Privatunternehmen und auch in der Reproduktion der Familien zu einer strukturierenden Macht, auf die hin sie ihre Anstrengungen ausrichten müssen. Die Denkfigur des „Nationalcharakters" der Bevölkerung des Staates als einer Gemeinschaft von „Brüdern und Schwestern" war mit den vorgefundenen Problemen völlig überfordert, auch wenn man sie nur als Unterschiede auffasst. – Tragisch ist, dass mit der weitgehend erfolgreichen Unionierung Europas die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Verfahrensweisen bekannt waren, die solche Integrationsprozesse gelingen lassen. Die Alternative zum Anschluss wäre eine Integration gewesen, die im bestehenden Rahmen der EU günstige Vorbedingungen gefunden hätte. Angesichts der Entwicklungskrise des „Aufbau Ost" ist es deshalb eine wichtige Überlegung, dass die Schäden, die der „Anschluss" angerichtet hat, vielleicht im Zuge eine Integration im europäischen Rahmen repariert werden können. •

Während die politischen Institutionen der BRD von „Brüdern und Schwestern" redeten, blieben die Repräsentanten der Wirtschaft skeptisch. So sträubte sich die Bundesbank gegen die Übernahme aller mit der Währung verbundener Verbindlichkeiten eins zu eins. Die Privatunternehmen sahen nicht die Chance, in die vorgefundenen Wirtschaftsstrukturen „hinein zu investieren".
Es ist möglich, dass diese Konstellation sich wenigstens zu erheblichen Teilen anders dargestellt hätte, wären die Güter- und Zahlungsströme innerhalb des vormaligen RGW nicht so gut wie ganz zusammengebrochen. Aber so konnten die Wirtschaftseinrichtungen der DDR-Gesellschaft unter den neuen Bedingungen nicht nur nicht bestehen, sie hatten weithin nicht einmal die Chance der Anpassung. Die Errichtung einer Infrastruktur nach dem Vorbild der BRD, die angesetzt worden sein mag, um gesellschaftliche Kräfte zu wecken, wirkte unter diesen Gegebenheiten destruktiv. Das Ergebnis die „De-Industrialisierung" wurde verschärft durch Fehlbeurteilungen des Strukturwandels der Wirtschaft, die in den siebziger Jahren im Westen einsetzte und propagandistisch unter Stichworten wie „Wissensgesellschaft" aufgenommen wurde.
• *Exkurs:* Wie immer, wenn sich in den Proportionen der gesellschaftlichen Arbeitsteilung etwas verschiebt, „Kohle", „Dampf", „Stahl", „Elektrizität", „Luftverkehr" usw., gibt es Übertreibungen. Das Neue rückt riesengroß ins Auge. Es ist dies vor allem der Standpunkt der Börse, die auf wachsende Wirtschaftszweige überreagiert, wie sehr, hat sich in der berüchtigten Internetblase gezeigt. So auch bei den Veränderungen, die mit dem Wandel hin zur „Informationsgesellschaft" zu verzeichnen sind. Die damit verbundenen Fehler haben sich vor allem bei der Aufgabe störend bemerkbar gemacht, die Gesellschaft Berlin-West mit der Gesellschaft Berlin-Ost zu verschmelzen. Tatsächlich gewinnen die Leistungen, die durch klassische industrielle Verfahren der Arbeitsteilung erzielt werden, weltwirtschaftlich immer noch an Bedeutung. Die bereits industrialisierten Gesellschaften erleben eine weltweit starke Nachfrage nach Produkten des Maschinenbaus. In der neueren Forschung wird hingegen akzeptiert, dass zwischen „Wissensclustern" und „Produktionsstandorten" eine unauflösliche Beziehung besteht.

Der Aufbau Ost hat sich als Ideologie entpuppt, weil
a) der Untergang des Deutschen Reichs und die Öffnung der BRD-Gesellschaft für wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen zu den westlichen Marktwirtschaften das „Deutschtum" als Bezugs- und Orientierungspunkt obsolet machten. Die Nichtachtung dieser Veränderung war ein typisch konservativer Fehler, denn man kann ganz gut behaupten, dass der deutsche Konservatismus den mit der Westorientierung einhergehenden Wandel nicht zugeben wollte, sondern durch die 68er-„Revolte", also durch eine gesellschaftliche Kraft dazu gezwungen werden musste. Jedenfalls scheiterte der Versuch, den Osten durch Widererweckung des Deutschtums aufzubauen, sowohl an der Struktur des Angebots wie an der Nachfrage;
b) nicht bedacht wurde, dass die technische und rechtliche Struktur nicht etwas „Vorhandenes" sind, das „übertragen" werden könnte. Sie müssen, wenn es um eine moderne Gesellschaft gehen soll, auf demokratischen Wege zustande kommen, d.h., durch wie viele Vermittlungsschritte auch immer, von den betroffenen Subjekten generiert werden. Sie können nur bestehen, wenn sie im praktischen Leben aufgegriffen werden. Ihre Strukturierung braucht Zeit und vor allem politische Selbständigkeit, Selbstbestimmung und Entwicklung von Selbstverwaltung.
Aufbau Ost / Integration in Europa: Die Schäden, die der „Aufbau Ost" angerichtet hat und weiter anrichtet, können ganz gewiss nur in einem langwierigen Prozess behoben werden, es muss dies ein Anpassungsprozess der Staatsorganisation an die geäußerten Bedürfnisses der Bevölkerung in den Anschlussgebieten sein. Ein wichtiger Punkt, der außerdem „nichts kostet", wäre, die Politik des „Anschließens" als spezifische Ursache spezifischer Fehlentwicklungen zu begreifen.
Ein Aufleben der Gemeinden und Betriebe in den anschlussgeschädigten Gebieten setzt aller Wahrscheinlichkeit nach die Entwicklung neuer, mit Selbstverwaltung verbundener Institutionen voraus.
Ein zweiter Punkt, der ebenfalls „nichts kostet": Für die Entwicklung im Osten ergeben sich aus der Öffnung der EU hin zu Polen und Tschechien neue Beziehungen. Viele dieser Länder geraten aus einer „Randlage" in eine zentrale Lage. Es entstehen Chancen, die andernorts nicht bestehen. Diese Chancen können nur gehoben werden, wenn die BRD als Gesamtstaat die Voraussetzungen für ein vertrauensvolles Zusammenleben schafft. Die Bundesregierung muss durch Verzicht auf Ansprüche und verletzende Deutungen Offenheit ermöglichen, Deutschland muss aufhören, ein bedrohlicher Nachbar zu sein.
Da nun in den Ostländern die technische und rechtliche Struktur, die der Westen vorsah, geschaffen worden ist, und das Leben besteht, steht die Bevölkerung dort vor der schwierigen Aufgabe, diese Einrichtungen den eigenen Bedürfnissen anzupassen. Dies kann am ehesten gelingen, wenn wirtschaftliche und kulturelle Chancen gehoben werden, die für diese Länder spezifisch sind. Eine dieser spezifischen Chancen ist der Integrationsprozess mit dem östlichen und nördlichen Europa. •

Linke Schule, 4. Januar bis 5. Januar 2008 – Ein Lektürebericht von Rüdiger Lötzer

Fundiertes zur Lage in Ostdeutschland – Texte der Zeitschrift „Berliner Debatte"

Fundiertes Material zur aktuellen Situation in den neuen Ländern und damit zum „Aufbau Ost" fanden wir in der Zeitschrift „Berliner Debatte", auf die wir im Vorfeld der Tagung aus der Rosa-Luxemburg-Stiftung hingewiesen worden waren. Seit 17 Jahren erscheint dieses heute zweimonatlich erscheinende sozial- und geisteswissenschaftliche Journal (www.berlinerdebatte.de). Herausgeber und Träger der Zeitschrift ist der Verein Berliner Debatte INITIAL e.V.

In Heft 5 (2006) haben Wissenschaftler/innen verschiedener Einrichtungen aus fast allen ostdeutschen Ländern, darunter des Brandenburg-Berliner Instituts für Sozialwissenschaftliche Studien (BISS e.V.), des Zentrums für Sozialforschung Halle (ZSH), des Thünen-Instituts für Regionalentwicklung und des Innovationsverbunds Ostdeutschlandforschung am Zentrum Technik und Gesellschaft der TU Berlin ihre Studien zur aktuellen Lage in Ostdeutschland auf insgesamt 90 Seiten zusammengetragen. Ausführlich beraten konnten wir davon nur zwei: den Aufsatz „Gesamtwirtschaftliche Stagnation und zunehmender Transferbedarf" von Ulrich Busch und den Aufsatz „Fragmentierte Wirtschaftsstrukturen zwischen Deindustrialisierung, Stagnation und Innovation" von Rainer Land.

Stichwort „Transferfalle"

Transfereinkommen aller Art – damit sind gemeint Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung, der Arbeitslosen- und Krankenversicherung, die in den neuen Ländern seit Jahren deutlich höher liegen als die zur gleichen Zeit in den neuen Ländern in diese Kassen eingezahlten Beiträge, aber auch Zahlungen der öffentlichen Haushalte im Rahmen des „Solidarpakts" bis hin zu Zahlungen der EU in die neuen Länder, denen keine entsprechenden Zahlungen an die EU gegenüberstehen – machen heute noch mehr als ein Viertel der gesamten Nachfrage in Ostdeutschland aus. Das stellt Ulrich Busch in seinem Aufsatz plastisch dar. „Der Anteil der Transfers an der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage bzw. inländischen Verwendung Ostdeutschlands liegt zwischen 50 (1991) und (aktuell) 27 Prozent (IWH, 2006). Hinzu kommt ein privater Kapitaltransfer von ca. sieben Prozent. Das heißt, selbst nach 16 Jahren wirtschaftlichen Aufbaus reicht das im Osten produzierte BIP (Bruttoinlandsprodukt) kaum aus, um auch nur zwei Drittel des Gesamtverbrauchs Ostdeutschlands zu decken. Immer noch klafft hier eine gewaltige Lücke – eine Produktionslücke oder, wenn man so will, ein Verbrauchsüberhang – in Höhe von mehr als 113 Milliarden Euro, welche über Lieferungen aus dem Westen, finanziert mittels öffentlicher und privater Transfers, geschlossen wird." (a.a.O., S. 23)

Was sich für die westdeutsche Wirtschaft als ein (fast) garantierter Absatzmarkt für ihre Produkte darstellt, sei für Ostdeutschland ein „Transferproblem", wie es Keynes und andere Ökonomen schon in den 20er Jahren des vorigen Jahrhunderts diskutiert und analysiert hatten. „Aufbringung, Verteilung und Verwendung der Transferleistungen sowie Transferbedarf stehen offensichtlich in einem sich gegenseitig begünstigenden Wechselverhältnis, was sich für Ostdeutschland entwicklungspolitisch als verhängnisvoll erweist." (a.a.O., S. 24).

Sichtbar werde das an den ökonomischen und sozialen Wirkungen, die von den Transferzahlungen ausgingen. Während die Wirtschaft in den alten Bundesländern von einer zusätzlichen Nachfrage von jährlich 100 bis 120 Milliarden Euro profitiere, immerhin ein Volumen von fast 5 Prozent des gesamtdeutschen BIP, bedeute der glei-

DIE LINKE. Berlin, 12. Januar 2008, Landesvorstand

Berlin ist attraktiv, weil es sozial ist

LINKE begrüßt Wowereits Engagement für die großen Städte: Neue Aufgabe ist Chance und Herausforderung zugleich. Der Landesvorsitzende der Partei DIE LINKE.Berlin, Klaus Lederer, erklärt:

DIE LINKE in Berlin begrüßt, dass der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit die Leitung der Arbeitsgruppe »Große Städte« der SPD übernehmen wird. Das zeigt, dass die von Rot-Rot eingeschlagenen Wege einer sozialen Stadtpolitik über Berlins Grenzen hinaus zunehmend Anerkennung finden. Seine Ernennung zum Metropolenbeauftragten kommt auch genau zur richtigen Zeit: Nach der Bewältigung der Altlasten aus der Ära Diepgen rückt die Frage nach der Zukunft unserer Stadtgesellschaft immer mehr in den Vordergrund.

In großen Städten wie Berlin treten nicht nur gesellschaftliche Probleme vehementer zu Tage und werfen neue Fragen auf. Hier entstehen auch neue Antworten und Lösungen, beginnt die Suche nach Alternativen.

Dies aufzugreifen, nach neuen politischen Strategien und Lösungen zu suchen – hierfür steht die rot-rote Koalition in Berlin. Diese Aufgabe ist wichtig – nicht nur für Berlin, sondern für die ganze Republik, möglicherweise sogar darüber hinaus.

Das rot-rot regierte Berlin muss sich nicht verstecken: Trotz aller Herausforderungen durch Armut, Arbeitslosigkeit, Integrationsproblemen, Verschuldung der öffentlichen Haushalte und des schwierigen wirtschaftlichen Wandlungsprozesses ist Berlin international und deutschlandweit attraktiver denn je. Weil hier – anders als in anderen großen Metropolen – die Möglichkeiten des Zugangs zu Kultur und Bildung, zu lebenswertem Wohnen, zu Mobilität und städtischer Infrastruktur, zum öffentlichen Raum und zu Natur und Umwelt größer sind, sind auch der soziale Zusammenhalt und die Freiheit, an gesellschaftlichen Prozessen teilzuhaben und sich einzubringen, stärker ausgeprägt als anderswo.

Jenseits der alltäglichen politischen Auseinandersetzung in der Koalition haben DIE LINKE und die SPD ein gemeinsames politisches Projekt, das über die Stadt und den Tag hinausweist: Eine moderne Stadtgesellschaft solidarisch und nachhaltig zu organisieren und der Ökonomisierung aller Lebensbereiche die Vision einer freien, gerechten und solidarischen Gesellschaft entgegenzusetzen. Nachdem die Aufräumarbeiten nach dem Zusammenbruch der CDU-SPD-Koalition erledigt sind, hat in der Stadt eine Debatte um und über die Zukunft begonnen.

Die Bereitschaft, sich in diese Debatte einzubringen, die in Berlin geführt wird, ist allerorten mit Händen zu greifen – weit über Berlin hinaus: in Initiativen und Organisationen, in Wissenschaft, Wirtschaft und Kultur. Eine solche Debatte betrifft Strategien gegen Perspektivlosigkeit für die junge Generation.

Es geht um die Stärkung der politischen und kulturellen Beteiligung der Bevölkerung an der Gestaltung der Stadt und um die Frage, welche Rolle hierbei den Bezirken zukommen wird. Es geht um die Armut in manchen Stadtquartieren, um die Herausforderungen, die bei der Entwicklung der Großsiedlungen zu stemmen sind. Welche ökonomischen und sozialen Perspektiven sehen wir hier? Wie kann – über Mindestlohn und Vergabegesetz hinaus – gute Arbeit geschaffen werden? Wo muss die öffentliche Hand mit eigenen neuen Beschäftigungsideen eingreifen, damit Perspektiven und ein Leben in Würde für die Berlinerinnen und Berliner gesichert sind? Wie sichern wir gemeinsames Lernen für Alle mit gleichen Bildungschancen – über die Gemeinschaftsschule hinaus auch in für alle ohne finanzielle Hürden zugänglichen Universitäten und im späteren

che Mechanismus für die neuen Länder und deren Wirtschaft eine „entwicklungspolitische Falle“. Die Transferzahlungen führten zwar zu einem Lebensstandard in den neuen Ländern, der 25 Prozent höher liegt als das selbst erwirtschaftete Einkommen, lösten aber keine zusätzlichen Investitionen und damit keine nachhaltigen Wirkungen auch auf die Beschäftigung in den neuen Ländern aus. „Ein Ausbrechen aus diesem ‚Teufelskreis‘ ist nur möglich, wenn im Osten, gemessen am Verbrauch, mehr produziert wird als im Westen.“ Das aber sei unter der Bedingung einer in der Bundesrepublik jahrelang fast stagnierenden Gesamtökonomie undenkbar. „Unter den Bedingungen saturierter oder nur geringfügig wachsender Märkte, wie gegenwärtig gegeben, würde eine … Offensive ostdeutscher Unternehmen einem ‚Krieg‘ um die Märkte gleichkommen …“, den die ostdeutschen Unternehmen nicht gewinnen könnten: „Sie scheidet als realistische Option daher aus.“ Als Transferökonomie und Filialwirtschaft, wie derzeit weitgehend vorzufinden, seien die Entwicklungschancen Ostdeutschlands deshalb „äußerst begrenzt.“

Ein Ausweg aus dieser Lage sei nur möglich, so Busch, wenn es gelinge, die investiven Transferleistungen gezielt aufzustocken, „mit der erklärten Absicht, ostdeutschen Unternehmen in Zukunftsbranchen (regenerierbare Energien, Biotechnologie usw.) einen Wettbewerbsvorteil zu schaffen. „Hierzu wäre ein gesamtstaatlich finanziertes Investitionsprogramm erforderlich.“ „Ein anderer Weg wäre die Zuweisung von Marktanteilen an ostdeutsche Unternehmen und die staatliche Unterstützung ostdeutscher Positionen (durch Forschung, Staatsaufträge usw.).“ Beides wären staatliche Eingriffe in Marktmechanismen, ohne die die Logik von Transferwirtschaft, Filialwirtschaft und Stagnation nicht durchbrochen werden könne. (a.a.O., S. 26)

Ob solche großen investiven Staatsprogramme – ausgenommen solche in Infrastruktur, aber die meint der Autor vermutlich nicht – wirklich das Heil im Aufbau Ost sind, wurde in unserer Diskussion bezweifelt. Wenn, dann müssten sie Investitionen in neue Produkte unterstützen, also im schumpeterschen Sinn „neue Unternehmen“ stärken. Wobei solche Investitionen nur dann einen Sinn machen, wenn sie auch zu am Markt absetzbaren Produkten führen. Eine staatliche Zuweisung von Marktanteilen an ostdeutsche Unternehmen außer in begrenzten Fällen – Bauaufträge, regionale Verkehrsdienstaufträge u.ä. – wäre ein eklatanter Verstoß gegen EU-Regeln und erscheint deshalb kaum realisierbar. Auf der anderen Seite könnte das in letzter Zeit zu beobachtende rasche Wachstum neuer Branchen in den neuen Ländern, insbesondere in Bereichen wie Windkraft, Solarenergie, Biokraftstoffe usw., vielleicht am Ende doch helfen, dass die neuen Länder aus ihrer Entwicklungsfalle ausbrechen.

Fragmentierte Struktur

In seinem Aufsatz „Fragmentierte Wirtschaftsstrukturen zwischen Deindustrialisierung, Stagnation und Innovation“ untersucht Rainer Land die fragile wirtschaftliche Entwicklung der neuen Länder näher (a.a.O., S. 27f.). Seine Diagnose: Es gebe einzelne Aufsteiger (Regionen, Städte, Unternehmen) in einem weitgehend von Stagnation und Auszehrung geprägten Umfeld. Ein solches Nebeneinander von Aufstieg und Niedergang sei zwar in einer auf Kapitalverwertung basierenden Wettbewerbswirtschaft spätestens seit Schumpeter bekannt und vielfach analysiert. Aber bei Schumpeter sei das kein Nullsummenspiel, sondern vollziehe sich in der Regel in einem insgesamt wirtschaftlich wachsenden Umfeld. Dieses Umfeld sei aber heute in den neuen Ländern nicht gegeben. Damit verbunden fehle auch der „Fahrstuhleffekt“, wonach wirtschaftlich wachsende und prosperierende Unternehmen bzw. Regionen andere Gebiete und Unternehmen nachzögen. Stattdessen domi-

Leben?

Es geht um Integrationsstrategien, die die finanzielle Situation Berlins, die wirtschaftlichen Perspektiven, die sozialen, ökologischen und kulturellen Entwicklungspfade gleichermaßen berücksichtigen und ressortübergreifend erdacht und erarbeitet werden.

Es geht um unterschiedliche Lebensentwürfe, für die in unserer Stadt Platz ist und auch zukünftig Platz sein muss, um die Gleichberechtigung der Geschlechter und unterschiedlicher Familienvorstellungen. Wie ist das zu bewerkstelligen?

Es geht um die Rolle, die die öffentlichen Unternehmen der Stadt – von den Wohnungsbaugesellschaften über die Ver- und Entsorgungsdienstleister bis hin zu den Krankenhäusern – bei der Gestaltung sozialer Stadtpolitik und der Sicherung des sozialen Zusammenhalts spielen sollen. Dieser soziale Mehrwert muss ausgeschöpft werden, weshalb wir über unsere Vorstellungen von Transparenz und der Instrumentalisierung der städtischen Unternehmen für soziale Stadtpolitik diskutieren müssen. Welche konkreten Vorstellungen wollen wir hier einbringen? Ist es z.B. sinnvoll, offensiv die Rekommunalisierung der städtischen Wasserwirtschaft anzugehen?

Und es geht schließlich um die Perspektiven des öffentlichen Dienstes der Haushaltsnotlagestadt Berlin, dessen Aufgaben und Leistungen grundlegend sind für die Berlinerinnen und Berliner. Welche Bereiche sind fundamental für die soziale Metropole, welche sind es eher nicht? Wo müssen wir dringend den Anschluss bei den Beschäftigten über die Generationen hinweg sichern? Wie gelingt es, die Potenziale der Stadt hier in Berlin zu halten?

Alle, die sich für die soziale Metropole Berlin einsetzen – die öffentlichen Unternehmen, die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, die Berliner Gewerkschaften, die Interessenvertretungen der Wirtschaft in der Stadt, aber auch die freien Träger der sozialen Arbeit, die stadtpolitischen Initiativen, die Bezirke und Ihre Akteurinnen und Akteure – sind Kooperations- und Diskussionspartner für die Entwicklung solcher Strategien. Dies gilt ebenso für Interessierte in Wissenschaft und Kultur sowie in anderen Parteien, beispielsweise den Grünen. Wir und sie sind aufgefordert, uns dieser Diskussion anzunehmen. DIE LINKE will in diesem Jahr auf Berliner Ebene den Metropolendiskurs aufnehmen und lädt ihren Koalitionspartner dazu ein, gemeinsam Motor dieses Metropolendiskurses zu werden. Denn die Probleme, die sich aus einer wachsenden sozialen Spaltung der Gesellschaft ergeben, machen vor den Toren unserer Stadt nicht halt. Dabei werden wir auch über die politische Ebene der Stadt und des Landes Berlin hinausdenken müssen. Wir sind damit konfrontiert, dass sich die ökonomischen Kapitalverwertungsprozesse immer stärker von der sozialen Basis der Gesellschaft entkoppeln und sie sich unterzuordnen versuchen.

Wir sehen uns und die SPD in der Verantwortung, sich den Ursachen der sozialen Verwerfungen zuzuwenden, statt sich – wie es der hessische Ministerpräsident Koch im Wahlkampf, aber auch die Berliner Union, demonstriert – an ihren Symptomen abzuarbeiten. Das ist allemal fruchtbarer, als über eine zusätzliche innerstädtische Landebahn für Berlin zu polemisieren. Sicherlich kann ein solcher Diskurs den Sozialdemokraten ihre eigene Arbeit an Positionsbestimmung und Programmdebatte nicht abnehmen. Aber Klaus Wowereit ist gewiss ausgezeichnet ausgerüstet, wenn er diese Debatte gemeinsam mit uns und der Stadt führt. Im rotroten Berlin kann exemplarisch gezeigt werden, wie eine weltoffene, vielfältige und tolerante soziale Metropole die Herausforderungen der Zukunft meistert.

Quelle:http://www.die-linke-berlin.de/nc/politik/presse/detail/artikel/berlin-ist-attraktiv-weil-es-sozial-ist/

niere Stagnation. Erklärungselemente für ein fehlendes „Aufholen“ der neuen Länder, so Land, gebe es viele, angefangen von den Schwierigkeiten des Marktzugangs seit der Eins-zu-eins-Umstellung von Ostmark auf D-Mark, dem Wegbrechen der RGW-Märkte kurz danach, der bis heute geringen Kapitalausstattung ostdeutscher Unternehmen (ausgenommen die wenigen Filialen westdeutscher Konzerne) bis zum insgesamt geringeren Industriebesatz und den bis heute zu wenigen und zu kleinen Betrieben. Von einem generellen Produktivitätsrückstand könne dabei heute keine Rede mehr sein, so Land weiter. Untersuchungen zeigten vielmehr, dass die bestehenden Betriebe in Ostdeutschland mit vergleichbaren westdeutschen Betrieben durchaus konkurrieren könnten. „Die Produktivitätslücke ist seit langem nicht mehr auf einen technologischen Rückstand der einzelnen Produktionsstätten zurückzuführen, vielmehr auf deren Struktur. Dies ist aber eindeutig ein Ergebnis der Transformation.“ (a.a.O., S. 30) Große Industriebetriebe mit hochmodernen Anlagen gibt es eben infolge der enormen Stillegungen ostdeutscher Industriebetriebe zu Treuhand- und Wendezeiten heute schlicht zu wenig.
Die verbleibende Industrie in Ostdeutschland beschränke sich, so Land, heute vielfach darauf, „den lokalen Markt mit Standardwaren des laufenden Bedarfs zu versorgen“ oder „mittels Filialen das Produktionsprofil von exogenen Konzernen und Firmen zu arrondieren.“ (ebenda). Umso wichtiger ist deshalb, so Rainer Land, eine Untersuchung der Erfolgsfaktoren für erfolgreiche Unternehmen in Ostdeutschland, „also zu fragen, wodurch sich die Betriebe unterscheiden, deren Produktivität, Effektivität und zuweilen auch schon Rentabilität über der vergleichbarer westdeutscher Betriebe liegt.“ (a.a.O., S. 33). Dazu zählen, wie der Autor an anderer Stelle betont, zum Beispiel Nachfolgebetriebe der früheren LPGs, aber auch Unternehmen der sog. „neuen Branchen“ wie Biotechnologie, Windkraft usw.
Dieser Ansatz – Untersuchung der Stärken der ostdeutschen Wirtschaft, um diese starken Seiten weiter auszubauen – wurde in unserer Diskussion zugestimmt.

Regionale und überregionale Vernetzung als Gegensatz?

Umstritten blieb dagegen die Schlusshypothese des Autors: „Industrieller Strukturwandel führt zur Stärkung überregionaler Wertschöpfungszusammenhänge und Netzwerke, mindert die Synergieeffekte von Clustern und kann zur Entbettung regionaler Ressourcen führen.“ Ein solcher Zusammenhang war sicher zu beobachten bei der Umstellung der früheren LPGs auf die Marktwirtschaft, als unmittelbar nach der Wende zahlreiche Umfeldbetriebe der LPGs (regionale Verarbeiter, Küchen, Dienstleistungsunternehmen usw.) in Konkurs gingen. „Der Aufschwung der ostdeutschen Agrarbetriebe war mit dem Niedergang der regionalen Wirtschaft verbunden“, stellt Rainer Land richtig fest (a.a.O., S. 37).
Für industrielle Unternehmen aber ist dieser Gegensatz von überregionaler Entwicklung und Abbau regionaler Netzwerke eher die Ausnahme, zumal, wenn die Unternehmen wachsen. In der Regel kommen Export und überregionale Kooperation zu den regionalen Netzwerken hinzu, lösen diese nicht einfach ab. Fernhandel kann regionale Wirtschaftskreisläufe zerstören. In der Regel aber begünstigt er industrielles und wirtschaftliches Wachstum. Die Geschichte der EU, insbesondere die Entwicklung in Ländern wie Irland, Spanien, Portugal, Griechenland, aber auch in den Ländern Osteuropas nach deren Beitritt zur EU sind dafür sichtbare Beispiele. Insofern ist der Pessimismus des Autors vielleicht nicht ganz gerechtfertigt und übersieht Chancen, Chancen insbesondere aus der wachsenden wirtschaftlichen Verflechtung der neuen Bundesländer mit den neuen EU-Mitgliedern in Nord- und Osteuropa.

Berlin vergessen?

Auffällig ist zudem, das soll an dieser Stelle noch erwähnt werden, dass die beiden hier zitierten Aufsätze das Thema Berlin und die Berliner Wirtschaft anscheinend vollständig ausblenden.
Die Berliner Industrie ist zwar klein, zu klein für eine Metropole von 3,4 Millionen Einwohner und ihr Umfeld, wie auch aktuell an der immer noch hohen Arbeitslosigkeit in Berlin von ca. 14 Prozent leicht ablesbar. Auf der anderen Seite gewinnen aber die Berliner Industriebetriebe nach Jahren eines beispiellosen Abbaus von Arbeitsplätzen – in der Metall- und Elektroindustrie beispielsweise seit 1990 von 250.000 auf heute noch knapp 50.000 Beschäftigte – in den letzten Jahren wieder deutlich dazu, beim Umsatz, Export, Marktanteilen und Beschäftigtenzahlen. Der jahrelange Niedergang der Industrie in der Stadt scheint gestoppt, nicht zuletzt durch die hartnäckigen Kämpfe der Belegschaften gegen Stilllegungen und Arbeitsplatzabbau. Eine „industriepolitische Initiative“ der Berliner Gewerkschaften, über die auf der Tagung in Erfurt berichtet wurde und die seit 2005 vom rot-roten Berliner Senat, insbesondere von Linkspartei-Wirtschaftssenator Harald Wolf, aber auch durch die IHK und die Verbände der Unternehmen positiv aufgegriffen wurde, hat zu dieser Stabilisierung beigetragen.
Diese industriepolitische Aktivitäten und Diskussionen, aber auch die damit verbundene aktuelle positive Entwicklung der Berliner Industrie wird in den oben genannten Aufsätzen (noch) nicht reflektiert.
Über die Gründe für diese Leerstelle kann nur spekuliert werden. Vielleicht gibt es andere Aufsätze der gleichen Autoren, die das Thema wirtschaftliche Ballungsräume in den neuen Ländern analysieren. Vielleicht liegt der Grund dafür auch darin, dass die industriepolitischen Aktivitäten zum Beispiel der Berliner Gewerkschaften den Autoren schlicht unbekannt sind – kein Wunder bei den heute leider weitgehend disparaten, nach sozialen Milieus und Systemen stark abgeschotteten Kommunikations- und Diskursstrukturen. Aber ein Schwachpunkt bleibt diese Leerstelle dennoch.
Denn das Bild von Ostdeutschland besteht eben nicht nur aus verödenden Landstrichen mit abwandernder junger und bleibender langsam alternder Rest-Bevölkerung, leeren Autobahnen und stagnierenden Klein- und Mittelstädten mit anhaltend hoher Arbeitslosigkeit und zunehmender Armut, wie in den Aufsätzen beschrieben.
Zu Ostdeutschland gehört auch ein wachsender Ostseehandel mit Skandinavien, Russland und den baltischen Staaten und ein mindestens ebenso rasch wachsender Warenaustausch über Land mit Polen, der Tschechischen Republik und anderen Ländern in Nord- und Osteuropa.
Zu Ostdeutschland gehören auch und vielleicht gerade wegen dieser überregionalen wirtschaftlichen Kooperation auch wirtschaftlich langsam wieder wachsende Städte wie Berlin, in Teilen auch Rostock, Bitterfeld, Jena, Eisenach, Dresden und Leipzig. Noch besteht Hoffnung.

Quelle: Berliner Debatte Initial, Heft 5, 2006, „Zur Lage in Ostdeutschland“